



Rumänien: Flüchtlinge im Land der Auswanderer?

SILVIU MIHAI
Februar 2016

- Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern des Balkans befindet sich Rumänien nicht auf der Flüchtlingsroute von der Türkei nach Mitteleuropa und ist auch noch kein Mitglied des grenzkontrollfreien Schengen-Raums. Das Niveau der Leistungen für Asylbewerber_innen ist prekär, entspricht aber dem niedrigen Niveau der Löhne, Gehälter und Sozialleistungen, die rumänische Staatsbürger_innen beziehen.
- Diese Faktoren erklären die sehr geringe Zahl der gestellten Asylanträge, aber auch das relativ geringe Interesse der Politik an einer seriösen Debatte über das Thema. Rechtspopulistische, flüchtlingsfeindliche Kräfte spielen in Rumänien keine bedeutende Rolle, an einer konstruktiven Diskussion über zukunftsorientierte Ansätze fehlt es allerdings ebenso.
- Regierung und Präsident haben sich bei der letzten Abstimmung über die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU gegen das System der Pflichtquoten ausgesprochen. Zugleich wollen sie aber eine Isolation Rumäniens in dieser Frage vermeiden.
- Die Aufnahme einer größeren Zahl von Schutzsuchenden wäre langfristig eine Chance für das Land, um die Defizite auszugleichen, die durch die massive Arbeitsmigration nach Westeuropa in den vergangenen 15 Jahren entstanden sind.

Am Tag, an dem der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die südliche Grenze zu Serbien abriegeln ließ, versuchten zwei afghanische Flüchtlinge verzweifelt, eine Lücke im Stacheldrahtzaun zu finden. Die Reise über die Balkanroute war lang und anstrengend gewesen, ihr in Istanbul hart verdientes Geld fast ausgegangen. Eigentlich wollten sie über Ungarn nach Deutschland, und nun – was für ein Pech!

»Ihr hättet euch doch beeilen müssen!«, warf ein Freund den beiden Brüdern vor, der an diesem fatalen 15. September 2015 das Ziel bereits erreicht hatte. Über das Handy kamen weitere beunruhigende Meldungen anderer Landsleute, die ebenso spät kamen: Der ungarische Zaun sei dicht, überall stünden Polizist_innen und Soldat_innen in voller Montur. Doch weit in der Ferne schien das Grenzhindernis plötzlich aufzuhören, auch von Polizei war keine Spur. So liefen die zwei Gestrandeten einfach schnellen Schrittes weiter, vielleicht ein paar hundert Meter, bis auf einmal fünf Männer in Tarnuniform vor ihnen standen. »Rumänische Grenzpolizei – stehen bleiben!«, rief einer von ihnen auf Englisch. Die beiden Afghanen rieben sich die Augen und fingen – als sie begriffen, dass sie sich tatsächlich nach Rumänien verirrt hatten – zu weinen an.

Asylsuchende? Fehlanzeige!

Die Meldung über die weinenden Brüder machte blitzartig die Runde in allen Bukarester Medien. In Leitartikeln und Talkshows wurde tagelang darüber diskutiert – nicht ohne eine gute Dosis balkanischer Selbstironie. Schließlich passt die spontane Reaktion der Flüchtlinge perfekt zu einem der tragikomischen Gemeinplätze fast jedes rumänischen Stammtischgesprächs: Auch viele Rumän_innen finden die Verhältnisse im Land zum Heulen.

In der Tat haben rund drei Millionen Rumän_innen in den vergangenen Jahren ihre Heimat verlassen, um in Westeuropa zu arbeiten – und selbst inmitten der Wirtschaftskrise kamen sie nur sehr selten zurück. Als Hauptursachen des Phänomens gelten Armut und Perspektivlosigkeit, das sehr niedrige Niveau des Mindest- und Durchschnittslohns (umgerechnet rund 230, beziehungsweise 420 Euro monatlich), die Strukturschwäche zahlreicher Regionen, die sich nach der Schließung der alten staatssozialistischen Fabriken nie erholt haben, so-

wie die dysfunktionalen Institutionen und die weit verbreitete Korruption.

Was könnten Asylbewerber_innen in einem solchen Land also suchen, das von so vielen eigenen Bürger_innen verlassen wird, fragen die Kommentator_innen in den Hauptstadtmedien rhetorisch. Tatsächlich blieb die Zahl der in Rumänien gestellten Asylanträge in den vergangenen Jahren immer deutlich unter 2.000 pro Jahr (siehe Infokasten). Dieser Umstand erschwert die Meinungsbildung und die Artikulierung einer klaren Position sowie eine fundierte Debatte über die Flüchtlingsfrage, denn er verleiht der ganzen Diskussion einen hypothetischen, kontrafaktischen Charakter. In der öffentlichen Wahrnehmung bleibt das Problem trotz intensiver Berichterstattung ein westeuropäisches.

Bloß keinen Streit

Wie die Mehrheit der Rumänen reagieren würde, sollte sich das Land eines Tages tatsächlich mit einer massiven Erhöhung der Flüchtlingszahlen konfrontiert sehen, kann nur spekuliert werden. Die wenigen Umfragen, die sich in den vergangenen Monaten mit diesem Thema auseinandersetzten, ergaben ein gemischtes Bild.

Keine Asylbewerber in Sicht

Anzahl der Asylanträge bei den rumänischen Behörden und die wichtigsten Herkunftsländer der Antragsteller_innen:

2011 – 553
 2012 – 1.457 (Algerien, Marokko, Afghanistan, Pakistan)
 2013 – 1.495
 2014 – 1.585 (Syrien, Afghanistan, Irak, Iran)
 2015 – 1.266 (Syrien, Irak, Afghanistan)

Durchschnittliche Erfolgsrate: 47 Prozent (im Vergleich – Deutschland: 42 Prozent, Schweden: 77 Prozent, Griechenland: 15 Prozent, Ungarn: 9 Prozent, Bulgarien: 94 Prozent, EU-Durchschnitt: 45 Prozent).

Anzahl der Asylbewerber_innen, die gemäß der im September 2015 festgelegten Quoten aus Griechenland und Italien nach Rumänien umgesiedelt werden sollen: 4.837 (6.351, wenn Ungarn teilnimmt).

Zwar mangelt es nicht an islamophoben Ressentiments, doch anders als in den Visegrád-Staaten scheinen die Rumän_innen zu verstehen, dass ihr Land als EU-Mitglied solidarisch sein sollte. Zudem wird sowohl von der Mehrheit der Bevölkerung als auch von der Politik eine Isolation befürchtet, die bei einer konsequent ablehnenden Haltung eintreten könnte. Dementsprechend zeigen Staatspräsident Klaus Johannis und fast alle im Parlament vertretenen Parteien bisher vor allem eines: Zurückhaltung.

Der einzige Moment, in dem sich eine klare Stellungnahme nicht mehr vermeiden ließ, war im September 2015, als der EU-Rat über die Verteilung einiger Flüchtlinge innerhalb der Staatengemeinschaft abstimmte. Die vorsichtige Positionierung der meisten rumänischen Politiker_innen gegen ein System der Pflichtquoten gilt für viele Kommentator_innen als umstritten, nicht zuletzt weil sie in Westeuropa *pars pro toto* als Grundeinstellung gegen Flüchtlinge interpretiert wird.

Über die genauen Gründe dieser Positionierung wurde in den Medien viel diskutiert, doch Präsident und Regierungsvertreter_innen vermieden bisher, in dieser Frage Klartext zu reden. Dies hängt sehr wahrscheinlich damit zusammen, dass weder ein klares »dafür« noch ein klares »dagegen« derzeit sehr populär sind. Der verbreiteten Überzeugung, dass das Problem die Rumän_innen kaum betreffe, steht das starke Interesse an einem Zusammenhalt der EU in der aktuellen Form und sogar an einer Vertiefung der europäischen Integration gegenüber. Mit einer überwiegend euroenthusiastischen Bevölkerung unterscheidet sich das Land stark von etwa Ungarn oder Polen, wo Teile der Bevölkerung durchaus bereit sind, einen Streit oder sogar Bruch mit Brüssel in Kauf zu nehmen.

Geografie, Armut und Schengen

Mindestens drei Faktoren erklären, warum Rumänien bisher weder Ziel- noch Transitland für Flüchtlinge geworden ist. Der erste ist die geografische Lage: Auf der Reise von der Türkei nach Deutschland wäre eine Fahrt durch Rumänien ein Umweg. Die Strecke über die Westbalkanländer ist viel kürzer, und jeder elektronische Kartendienst kann dies innerhalb von Sekunden auf dem Handybildschirm anzeigen. Zudem würde die noch immer unzeitgemäße rumänische Straßeninfrastruktur

die Reisezeit deutlich verlängern. Die seit Jahrzehnten geplante Autobahn über die Karpaten, die Bukarest mit Budapest verbinden soll, lässt nach wie vor auf sich warten.

Der zweite Faktor ist der sozioökonomische: Bis vor kurzem erhielten Asylbewerber_innen neben einem Platz in einer Sammelunterkunft täglich umgerechnet 0,80 Euro für Essen und alltäglichen Bedarf. Das entsprach rund 24 Euro im Monat und bedeutete angesichts des aktuellen Preisniveaus jeden Tag beispielsweise ein Kilo rumänisches Weißbrot, ein Pfund Brot und 200 Gramm des günstigsten Käses oder zwei Fahrkarten für den Nahverkehr. Zwar lag die monatliche Summe knapp unter dem, was rumänische Langzeitarbeitslose oder erwerbsunfähige Personen als staatlich garantiertes Mindesteinkommen beziehen können, war aber zu gering für ein menschenwürdiges Leben und eine Teilhabe an der Gesellschaft.

Eine Neuregelung brachte Mitte Januar dieses Jahres einige Verbesserungen, welche die EU-Kommission gefordert hatte, um das rumänische Gesetz an die europäischen Mindeststandards anzupassen. Unter anderem soll der Staat jetzt auch Mietkosten übernehmen, um eine bessere Integration der Flüchtlinge zu erzielen. Der tägliche Leistungssatz für Lebensmittel wurde auf umgerechnet 2,20 Euro erhöht; dazu kommen Pauschalen für Kleidung.

Zwar liegen die aktuellen Bezüge der Flüchtlinge damit über denen der Sozialhilfeempfänger_innen, doch auch unter den neuen Regeln bleiben Asylsuchende in der Praxis auf die Zivilgesellschaft angewiesen – ebenso wie das rumänische Prekariat eher die Unterstützung der erweiterten Familie und des Freundeskreises in Anspruch nimmt, als sich für ein Pfund Brot mit der Bürokratie auseinanderzusetzen. Zudem ist den Asylsuchenden im ersten Jahr nach wie vor jede Form von Beschäftigung oder selbstständiger Erwerbstätigkeit untersagt. Kostenloser Zugang zu medizinischen Behandlungen wird nur im Notfall gewährt.

Hilfsorganisationen spielen auch bei der Integration eine viel wichtigere Rolle als die staatlichen Ämter. Dazu zählen auch NGOs von Flüchtlingen für Flüchtlinge. So versucht etwa der Verein der geflüchteten Frauen, sich den spezifischen Problemen dieser Gruppe zu widmen und gleichzeitig eine starke Präsenz in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Der dritte Faktor ist politischer und rechtlicher Natur: Rumänien gehört – ähnlich wie Bulgarien und Kroatien – zwar der Europäischen Union an, aber noch nicht dem grenzkontrollfreien Schengen-Raum. In der Praxis bedeutet dies für rumänische Staatsbürger_innen eine Ausweiskontrolle am Flughafen oder an der nordwestlichen Grenze zu Ungarn. Den Rumän_innen darf die Ausreise oder die Einreise in den Schengen-Raum nicht verweigert werden, auch wenn einige westeuropäische Politiker_innen manchmal das Gegenteil suggerieren, wie es etwa in der deutschen Debatte über »Armutsmigration« der Fall war.

Als EU-Bürger_innen dürfen sich rumänische Staatsangehörige in ganz Europa frei bewegen, die Kontrollen sind in der Regel eine Formalität und die Erfassung der Ein- und Ausreisen mit dem Personalausweis erfolgt nur gelegentlich. Aus diesem Grund betrachtet die Bukarester Politik die Blockierung des Schengen-Beitritts als reine Zeit- und Geldverschwendung, ja als Ungeerechtigkeit, die lediglich auf den sturen Widerstand und Populismus einiger westeuropäischer Regierungen zurückzuführen sei. Obwohl die Brüsseler Kommission seit Jahren berichtet, dass Rumänien alle technischen Kriterien für einen sofortigen Beitritt erfüllt, stößt jeder Versuch, das Thema auf die Tagesordnung des EU-Ministerrats zu bringen, auf das politische Veto der Kolleg_innen aus Deutschland, Frankreich, Finnland oder den Niederlanden.

Paradoxe Weise gehört eben dieser Status des ewigen Schengen-Anwärters zu den Gründen, die Rumänien bei Asylsuchenden so unbeliebt machen. Denn was aus rumänischer Perspektive als lästige Kontrolle erscheint, stellt für Menschen ohne EU-Pass ein massives Hindernis dar: Ein rumänischer Aufenthaltstitel gilt in der Regel nämlich nicht für die Schengen-Länder West- und Mitteleuropas. Damit verliert ein Asylantrag in Rumänien an Attraktivität. Auch als Transitland etwa auf dem Weg nach Deutschland eignet sich das Land nur bedingt, da die Dublin-Regelung zumindest in der Theorie ungeachtet des Schengen-Abkommens für alle EU-Staaten gilt und eine spätere Rückführung mit sich bringen könnte.

Der Umstand, dass der auf die lange Bank geschobene Schengen-Beitritt Rumänien für Flüchtlinge unattraktiv macht, ist der Bukarester Politik nicht entgangen. Allerdings bemüht man sich hier eher um Diskretion: Zu bri-

sant ist das Thema bei den Wähler_innen, die sich in dieser Hinsicht noch immer als Europäer_innen zweiter Klasse behandelt fühlen, und zu viel Energie ist in Verhandlungen mit den beitriftsskeptischen Ländern geflossen, allen voran mit Deutschland, um jetzt plötzlich den Kurs zu ändern.

So betonte Ministerpräsident Dacian Cioloș Anfang Januar 2016 auf seinem ersten offiziellen Berlin-Besuch, der Schengen-Beitritt sei und bleibe oberste Priorität. Rumänien sei zudem bereit, in der Flüchtlingsfrage Solidarität zu zeigen. Als Amtskollegin Angela Merkel jedoch auf die Notwendigkeit weiterer Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption verwies, wurde dies in Bukarest als Wiederholung alter Argumente gewertet. In der Tat protestieren rumänische Politiker_innen seit Jahren gegen den westeuropäischen Versuch, Schengen mit anderen Fragen wie der Korruptionsbekämpfung zu verknüpfen. Formell haben sie Recht: Rumänien erfüllt alle Beitrittskriterien, die Bekämpfung der Korruption spielt dabei keine Rolle.

Gegen Pflichtquoten in der EU

Bereits im vergangenen Sommer und Herbst, als die Debatte über die Pflichtquoten bei der Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU tobte, wurde in den Bukarester Medien ausgesprochen, was die Politik nicht wagte: Wenn sich die Deutschen erlauben, den Schengen-Beitritt Rumäniens immer wieder mit fragwürdigen Argumenten zu blockieren, dann könne man ihnen dies doch mit gleicher Münze heimzahlen und im Ministerrat gegen die Pflichtquoten stimmen, auch wenn die Gesellschaft von rechtspopulistischen »Flüchtlingsgegnern« wie Viktor Orbán weder sympathisch noch wünschenswert sei.

Dieser Argumentationslinie schloss sich auch der frühere konservative Präsident Traian Băsescu an, der angesichts der unter seinem Mandat durchgesetzten Sparmaßnahmen sowie zahlreicher Korruptionsskandale lange als diskreditiert galt, jedoch seit einigen Monaten versucht, durch eine nationalistische Rhetorik wieder an Popularität zu gewinnen. Die Flüchtlingskrise sei ein Problem des Schengen-Raums und somit kein rumänisches Problem, so Băsescu. Nicht zuletzt müsse man die Bevölkerung vor der potenziellen terroristischen Gefahr warnen, die von manchem muslimischen Asylsuchenden ausgehe.

Eine lange mediale Debatte war die Folge, in deren Fokus stets das rumänische Interesse am Schengen-Beitritt stand und das Flüchtlingsthema nur zweitrangig erschien. Währenddessen schwieg Staatspräsident Klaus Johannis, der das Land laut Verfassung nach außen vertritt. Senatspräsident Călin Popescu-Tăriceanu forderte eine Parlamentsdebatte, auf der eine offizielle Position Rumäniens in der Flüchtlingsfrage formuliert werden müsse. Seine Kolleg_innen hielten dies jedoch nicht für nötig.

Der damalige Premierminister, der angeschlagene Sozialdemokrat Victor Ponta, gegen den die Staatsanwaltschaft bereits in einer Korruptionsaffäre ermittelte, äußerte sich vorsichtig gegen die Idee der Pflichtquoten und verwies auf die nur begrenzten Kapazitäten der sechs vorhandenen Flüchtlingsunterkünfte. Rumänien könne daher nur rund 1.800 Asylsuchende freiwillig akzeptieren, so die Linie der Regierung, die allerdings mit dem Zuständigen Johannis abgestimmt werden müsse. Wieso von den zu diesem Zweck bestimmten EU-Geldern und unter Beschäftigung rumänischer Arbeitskräfte keine zusätzlichen Flüchtlingsheime gebaut werden können, blieb dabei unklar.

Ebenso unklar blieben grundsätzlichere politische Fragen: Warum sollte sich das Land in der Flüchtlingsfrage weiter in der EU isolieren und sich in die gleiche Ecke drängen lassen wie der Nationalist Viktor Orbán – ein Mann, der in Rumänien äußerst unbeliebt ist, dessen euroskeptische Ansichten von fast keinen Rumän_innen geteilt werden und dessen Politik in Europa mit großer Skepsis, wenn nicht mit Empörung betrachtet wird? Warum sollte dies ausgerechnet die sozialdemokratische Regierung von Victor Ponta tun, zumal dieser ungünstige, deplatzierte Vergleich zwischen den beiden Politikern bereits gezogen worden war? Könnte die Aufnahme von mehr Schutzsuchenden nicht den akuten Ärztemangel oder ähnliche Arbeitskraftdefizite ausgleichen, die durch die Auswanderung nach Westeuropa entstanden sind? Und schließlich: Warum sollte Rumänien überhaupt überlegen, sich dem Lager der »Flüchtlingsgegner_innen« anzuschließen, wenn die Mehrheit der Wähler_innen eine solche Einstellung gar nicht teilt?

Tatsächlich zeigte im vergangenen September eine Studie des Meinungsforschungsinstituts IRES, dass 60 Prozent der Rumän_innen die Aufnahme von Flüchtlingen befürworteten. Selbst bei der Frage, ob auch in den eigenen Städten oder Kommunen Asylsuchende unterge-

bracht werden sollen, drückte immerhin die Hälfte der Befragten ihre Zustimmung aus. Dieses Meinungsbild bestätigt den Eindruck, dass die scharfen und schrillen rassistischen Töne, die in Ländern wie Ungarn, Tschechien, Polen oder der Slowakei eine grundsätzliche Ablehnungshaltung gegenüber Flüchtlingen bestimmen, in Rumänien eine eher untergeordnete Rolle spielen.

Islamophobe Demonstrationen wie in Warschau oder Prag gab es in Bukarest noch nie. Vor diesem Hintergrund argumentierten viele Stimmen in den Medien, aber auch die meisten rumänischen Europa-Abgeordneten, dass es vernünftig wäre, wenn die damalige Ponta-Regierung ihre ablehnende Haltung zu einem System von Pflichtquotenländern revidieren würde. So verwies die Parlamentarierin Renate Weber (ALDE) auf die Solidaritätspflicht etwa gegenüber dem überlasteten Italien, wo rund eine Million Rumän_innen leben und Steuern zahlen. Ihr Kollege Cristian Preda (EVP) nannte den Zahlenvorschlag des Kabinetts »lächerlich« und »beschämend«.

Umso mehr sorgte Staatspräsident Klaus Johannis bei vielen Kommentator_innen für Unverständnis, als er endlich sein Schweigen brach und sich die Meinung der Regierung zu eigen machte. »Rumänien will Solidarität zeigen und befürwortet freiwillige Quoten, nicht aber Pflichtquoten. Wir werden 1.785 Flüchtlinge aufnehmen, mehr nicht«, sagte er in einer Fernsehansprache kurz vor der entscheidenden Sitzung des EU-Ministerrats, auf der vor allem Deutschland, aber auch die am meisten betroffenen Einreiseländer Italien und Griechenland die Pflichtquoten durchsetzen wollten.

Wenige Tage danach, als der Rat am 22. September 2015 den deutschen Vorschlag überraschend mit qualifizierter Mehrheit anstatt des bisher üblichen, aber keinesfalls erforderlichen Konsenses verabschiedete, stand der rumänische Staatschef wieder vor den Fernsehkameras und musste die Niederlage eingestehen. Gleichzeitig erklärte er, die Situation sei nicht kritisch, da Rumänien die neue, von der EU beschlossene Anzahl der Flüchtlinge unterbringen könne. Auch beabsichtige das Land nicht, wie etwa die Slowakei oder Ungarn, den Beschluss anzufechten. Die Mehrheit der Presse kommentierte diese plötzliche Positionsänderung als wenig geschickten Versuch, die Niederlage herunterzuspielen, und kam zu dem Schluss, Johannis sei bei seiner ersten wichtigen außenpolitischen Prüfung durchgefallen. Ausgerechnet er, der Siebenbürger Sachse, der Ende 2014

zur Verblüffung aller Beobachter die Wahl mit dem Versprechen gewann, mit ihm werde sich Rumänien politisch, wirtschaftlich und kulturell Deutschland annähern, habe sich jetzt unnötig der Politik Berlins widersetzt, nur um zu scheitern, hieß es in einigen Talkshows.

Kein Rechtspopulismus in Sicht

Sowohl Präsident Johannis als auch die neue, seit November 2015 amtierende Regierung unter Premierminister Cioloș bleiben bei ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung zu Pflichtquoten. Allerdings müsste Rumänien durch den Mehrheitsbeschluss des Europäischen Rats eigentlich 6.350 Flüchtlinge aufnehmen, von denen bisher jedoch kein Einziger in Rumänien angekommen ist. Grund dafür sind die langwierigen bürokratischen Transferverfahren und die teilweise chaotischen Zustände bei der Registrierung von Flüchtlingen in den beiden süd-europäischen Einreiseländern Griechenland und Italien.

Insgesamt wurden europaweit bis Ende Januar 2016 – also in den ersten vier Monaten – von den 160.000 Asylsuchenden kaum 500 umverteilt. Zudem existieren gute Gründe für die Annahme, dass die Bilanz der Quotentransfers weiterhin eher mager bleiben wird: Schließlich kann es keine praktikable, langfristige Lösung sein, die Grenzen offen zu halten und gleichzeitig Menschen zu zwingen, in einem Land zu leben, in dem sie nicht leben wollen. Niemand weiß das besser als die Rumän_innen selbst. Viele rumänische Arbeitsmigrant_innen sind zu einer Zeit ausgewandert, als ihre Heimat weder EU-Mitglied war noch von der Arbeitnehmerfreizügigkeit profitieren konnte. Dennoch gingen sie und eröffneten sich erst dadurch die Chancen auf ein besseres Leben, auf Arbeit und höhere Einkommen in westeuropäischen EU-Ländern.

Folgt man diesem Argument, so wird deutlich, dass eine sinnvolle Form von Solidarität in der Flüchtlingsfrage für osteuropäische Länder wie Rumänien nicht in Zahlen von Menschen, sondern in Euro-Beträgen ausgedrückt werden müsste. Dies würde allerdings bedeuten, dass diejenigen Mitgliedsstaaten, die bei den Asylsuchenden weniger beliebt sind, eine Art Solidaritätsausgleich zahlen oder auf einen Teil ihrer EU-Gelder zugunsten derjenigen Länder verzichten müssten, in denen mehr Flüchtlinge leben wollen: Eine freilich nicht gerade angenehme Schlussfolgerung, die aber durchaus als rumänischer Ge-

genvorschlag formuliert werden könnte, sollte das Land tatsächlich eine aktivere Rolle in Brüssel spielen wollen, wie Präsident Johannis und Premier Cioloș es immer wieder betonen.

Als die Diskussion über die Quoten abebbte und die Zahl der in die EU eingereisten Flüchtlinge ab November 2015 etwas nachließ, widmeten sich die rumänischen Medien wieder anderen, hauptsächlich innenpolitischen Themen. Die Proteste, die zum Rücktritt der Ponta-Regierung geführt hatten, läuteten ein Wahljahr ein, in das die beiden traditionellen politischen Lager geschwächt und diskreditiert hineinstolperten. Neben weiteren Fortschritten bei der Bekämpfung der Korruption erwarten die meisten Wähler_innen mehr denn je eine überzeugende Antwort auf die Frage, wie das Land den eigenen Bürger_innen bessere Chancen, funktionierende staatliche Institutionen und bessere Lebensstandards anbieten kann.

Die EU genießt in Rumänien nach wie vor Vertrauenswerte, die seit Jahren mindestens doppelt so hoch sind wie die der eigenen Regierung – ein weiterer, starker Kontrast zu den Visegrád-Staaten. Vor diesem Hintergrund ist es eher unwahrscheinlich, dass rechtspopulistische Kräfte bei den Kommunal- und Parlamentswahlen 2016 durch euroskeptische oder migrationsfeindliche Diskurse erfolgreich Wähler_innen mobilisieren werden. Von den Comeback-Versuchen des früheren Präsidenten Traian Băsescu einmal abgesehen, gibt es keine politischen Akteure, die sich rechts vom liberalen und konservativen Lager um Klaus Johannis platzieren könnten. Und selbst Băsescu fuhr während seiner zehnjährigen Amtszeit einen entschlossenen proeuropäischen Integrationskurs, einschließlich der drakonischen Sparmaßnahmen, die er immer wieder mit Brüssel und Berlin rechtfertigte.

Ein rumänischer Viktor Orbán oder Jarosław Kaczyński ist derzeit und auch in absehbarer Zukunft unwahrscheinlich: Zu sehr sehnt sich die überwiegende Mehrheit der Bürger_innen danach, endlich in Europa anzukommen, zu tief sitzt das Misstrauen gegenüber der eigenen politischen Klasse und zu unglaublich klingt jede Form von rumänischem Exzeptionalismus.

Freilich wurden Ereignisse wie die Terroranschläge in Paris oder die Übergriffe in Köln mit der in Rumänien üblichen medialen Hysterie quittiert – im letzteren Fall nicht

ohne eine gute Dosis Scheinheiligkeit, denn schließlich kennen viele rumänische Frauen diese Art sexualisierter Gewalt aus ihrer eigenen Alltagserfahrung, ohne dass dafür »muslimische Migranten« nötig wären. Doch fallen derartige Ereignisse in der Berichterstattung noch immer in die Kategorie des fernen Skurrilen, das »uns«, wenn überhaupt, nur indirekt betreffen könnte. Eine seriöse und fundierte rumänische Debatte über große globale Themen wie den Islamismus, die Migration oder den Krieg in Syrien ist insofern ebenso unwahrscheinlich wie die Entstehung einer rechtspopulistischen Partei. Das erklärt zum Teil auch, warum sich etwa Präsident Johannis in der Flüchtlingsfrage mit der Formulierung einer bisher moderat-ablehnenden, im Grunde genommen aber flexiblen und offenen Position begnügen kann.

Mit derselben Zurückhaltung reagierte auch die ansonsten erzkonservative Orthodoxe Kirche, zu der sich – zumindest theoretisch – 85 Prozent der Rumän_innen bekennen und die damit eine wichtige Rolle in vielen gesellschaftlichen Debatten und manchmal sogar in der Politik spielt. Verschiedene Bischöfe haben im vergangenen Jahr sehr unterschiedliche Meinungen geäußert, die von reiner Islamophobie bis hin zum Appell an die Fremden-

liebe des Evangeliums reichten, ohne dass der Patriarch das Bedürfnis verspürte, eine konkrete Linie vorzugeben. Rumäniens säkulare Zivilgesellschaft fordert hingegen mehr Engagement und europäische Solidarität vom eigenen Land. Nichtregierungsorganisationen kritisieren das Zögern der Politik und erinnern daran, dass die EU-Mitgliedschaft nicht nur Rechte und Vorteile bedeute.

Im wahrscheinlichen Fall einer erneuten Zuspitzung der Flüchtlingskrise könnten gerade die NGOs eine entscheidende Rolle bei der Umformulierung der offiziellen rumänischen Position spielen. Auf diese hört nämlich in der Regel die überwiegend junge, gut gebildete und dynamische Mittelschicht der Großstädte, die sich in Rumänien als staatstragend, europäisch und fortschrittlich betrachtet und sowohl Johannis als auch Băsescu an die Macht brachte. Politiker_innen, die in die Ungnade der Zivilgesellschaft fallen, riskieren damit bei den Parlamentswahlen Ende des Jahres deutliche Verluste in Bukarest und in den Universitätsstädten Siebenbürgens. In jedem Fall scheint eine Neujustierung der offiziellen Linie wahrscheinlicher als eine erneute Konfrontation mit Brüssel, falls es im Laufe des Jahres auf den EU-Gipfeln zu einem neuen Entscheidungsmoment kommen sollte.



Über den Autor

Silviu Mihai wurde 1978 in Rumänien geboren, hat Philosophie und Politik in Bukarest, Budapest und in Berlin studiert. Seit 2009 arbeitet er als freier Journalist und Osteuropa-Korrespondent für zahlreiche deutschsprachige Medien.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-406-2